

75 Jahre Bayerisches Ärzteblatt

Eine Annäherung an ein Dreivierteljahrhundert „Standespresse“
Teil 1 – 1945 bis 1969

Richard von Weizsäcker (1920 bis 2015), deutscher Politiker (CDU) und ehemaliger Bundespräsident, wird das Zitat zugeschrieben: „Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“ Das 75-jährige Jubiläum des „Bayerischen Ärzteblatts“ ist sicherlich ein schöner Anlass, einen Blick nach hinten und zugleich nach vorne zu werfen. Seit der Wiederherausgabe des „Bayerischen Ärzteblatts“, der Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), im Juli 1946 ist viel passiert – politisch, sozial, ökonomisch und natürlich auch berufspolitisch. Beim Durchblättern der Zeitschrift, was in unserem Internetarchiv (www.bayerisches-aerzteblatt.de/archiv) problemlos gelingt, wird deutlich: Das „Bayerische Ärzteblatt“ ist ein ziemlich genaues Abbild der jeweiligen Epoche, ein medialer Spiegel der Zeit im Wandel.

Befasste sich die ärztliche Selbstverwaltung in ihrer Anfangsphase in Bayern, wie auch im Rest der damals noch geteilten Republik, mit dem allgemein schwierigen Aufbau in der Nachkriegszeit, dem Bemühen um ihre gesetzliche Verankerung und um eine gewisse soziale Absicherung ihrer Mitglieder, so stehen heute vor allem massive Strukturveränderungen, ökonomische Fragen und ethische Themen der Zeit im Vordergrund. In dieser Ausgabe beginnen wir mit Teil 1 unserer Jubiläumsserie: Den ersten zweieinhalb Dekaden, die das „Bayerische Ärzteblatt“ publizistisch begleitete.

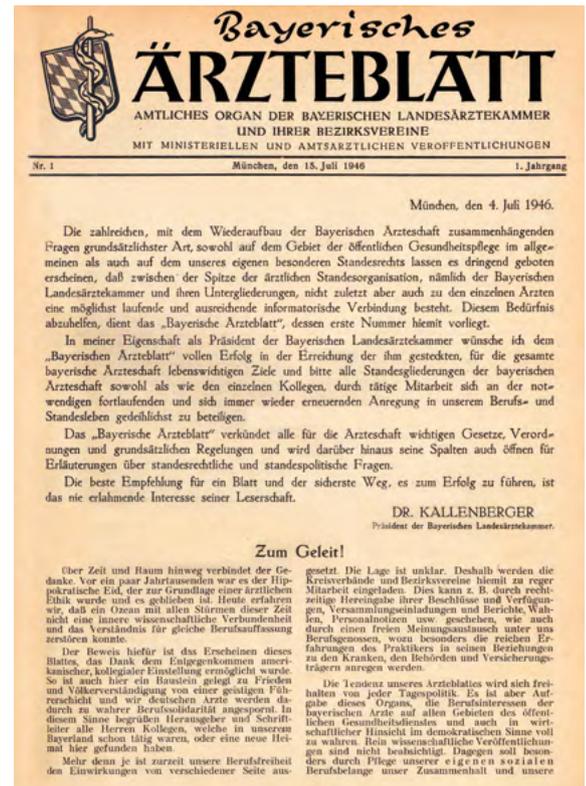
Nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands und dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellten die Vereinigten Staaten im Herbst 1945 in ihrer Besatzungszone Bayern offiziell als Staat wieder her. Diesem wurde vorbehaltlich der Machtbefugnisse der US-Militärregierung die volle gesetzgebende, richterliche und exekutive Gewalt übertragen. Dabei standen die USA vor der Herausforderung, leistungsfähige Verwaltungsträger auf demokratischer Grundlage aufzubauen und gleichzeitig die Administration zu entnazifizieren. Vor diesem Hintergrund vollzog sich nach Kriegsende der Wiederaufbau einer autonomen Bayerischen Ärztekammer, die

¹ Dr. Alfred Kallenberger wurde bereits am 1. August 1946 von der US-Militärregierung seines Amtes als Präsident der BLÄK enthoben, unter anderem, da er das Verbot der Beschäftigung politisch vorbelasteter Personen konsequent missachtet hatte.

² Im Mitgliedsbeitrag enthalten.

im Dritten Reich auf den Status einer von der nationalsozialistischen Reichsärztekammer abhängigen Untergliederung herabgesunken war.

Nach einer Aufforderung durch die amerikanische Militärregierung, dass die Ärztekammer Bayern sobald als möglich wieder arbeitsfähig werden müsse, ernannte der kommissarische Leiter des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, Regierungspräsident a. D. Dr. Heinrich Wirsching, am 28. September 1945 Dr. Alfred Kallenberger¹ zum kommissarischen Präsidenten der BLÄK. Die ersten Maßnahmen Kallenbergers bestanden in der Rekrutierung des Fachpersonals für die neu zu errichtende BLÄK sowie in der Bereitstellung geeigneter Arbeitsräume. Dies gestaltete sich im völlig zerstörten München anfangs äußerst schwierig. Glücklicherweise stellte die Gesundheitsabteilung des Innenministeriums der BLÄK am 20. Oktober 1945 vorübergehend fünf Räume in der Martiusstraße 4 zur Verfügung.



„Bayerisches Ärzteblatt“, Ausgabe 1/1946.

Der für den Aufbau einer einheitlichen Standesvertretung der bayerischen Ärzteschaft notwendige Informationsaustausch ließ alsbald auch die Gründung eines neuen Publikationsorgans der BLÄK dringlich werden. So wurde das *Bayerische Ärzteblatt* von Kallenberger als „Amtliches Organ der Bayerischen Landesärztekammer und ihrer Bezirksvereine“ ins Leben gerufen. Seiner Intention entsprechend sollte es vor allem der kommunikativen Verbindung der BLÄK mit ihren Gliederungen dienen. Wichtige Gesetze, Verordnungen und grundsätzliche Regelungen sollten somit der Ärzteschaft umgehend bekannt gemacht und standesrechtliche sowie standespolitische Fragen erläutert werden. Zunächst wurde das Ärzteblatt, dessen erste Ausgabe am 15. Juli 1946 erschien, mit der Genehmigung der US-Militärregierung je nach Bedarf, später im vierzehntägigen Abstand kostenfrei² allen Ärzten in Bayern zugesandt.

Enthusiastisch berichtete das *Bayerische Ärzteblatt* in seiner Februar Ausgabe 1947 über den ersten Bayerischen Ärztetag nach dem Krieg, welcher als Meilenstein auf dem Weg zur Wiederherstellung einer autonomen ärztlichen Selbstverwaltung angesehen wurde. Im Rahmen des Ärztetags wurde Dr. Gustav Berthold von den Delegierten mit 147 von 153 der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der BLÄK gewählt.

Eines der bestimmenden Themen der frühen Nachkriegsjahre war die Frage des Umgangs mit vertriebenen und geflüchteten deutschen Staatsbürgern. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren ca. zwölf Millionen Deutsche und deutschsprachige Bewohner in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Viele davon wanderten nach Bayern ein. Hauptgründe für die Flucht waren Kriegereignisse und staatlich angeordnete Vertreibungen. Auch das *Bayerische Ärzteblatt* griff die Themenkomplexe Vertreibung, Flucht und Aufnahme in zahlreichen Artikeln der späten Vierzigerjahre auf. So veröffentlichte Dr. Walther Körting, späterer Leiter der Pressestelle der BLÄK, 1947 im *Bayerischen Ärzteblatt* einen Artikel, in welchem er auf das Schicksal der nach Bayern geflüchteten Ärzte aufmerksam machte: „In diesem Strom des [...] Elends fehlten auch die Ärzte nicht. Sie, die ihr Leben dem Wohle der Allgemeinheit verschrieben haben, müssen nun am eigenen Leibe Elend, Sorge und Hunger kennen lernen“, schrieb Körting. Ebenso beschäftigte das Thema Entnazifizierung das *Bayerische Ärzteblatt*. Denn aufgrund des überproportionalen Repräsentationsgrads der Ärzteschaft in nationalsozialistischen Organisationen war der ärztliche Berufsstand in der Nachkriegszeit stark mit Entnazifizierungsverfahren belastet. Darüber hinaus hatten sich während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft auch Teile der deutschen Ärzteschaft unvorstellbarer Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Das *Bayerische Ärzteblatt* berichtete deshalb ausführlich über den Nürnberger Ärzteprozess, der vom 9. Dezember 1946 bis zum 20. August 1947 im Nürnberger Justizpalast vor einem amerikanischen Militärgericht stattfand. Beispielhaft für die Medizinverbrechen des Nationalsozialismus wurden während des Prozesses unfreiwillige Menschenversuche sowie die systematische Ermordung von Menschen mit körperlichen, geis-

tigen und seelischen Behinderungen im Zuge des NS-Euthanasieprogramms benannt.

Flucht ostdeutscher Ärzte aus der DDR

In den Fünfzigerjahren standen dagegen andere Gebiete im Fokus der Berichterstattung. So etwa nach der Ausrufung der DDR 1949 die Flucht zahlreicher ostdeutscher Ärzte in die im selben Jahr gegründete Bundesrepublik Deutschland. Die Folgen der Zuwanderung sorgten auch für Unmut. Beispielsweise veröffentlichte das *Bayerische Ärzteblatt* 1951 ein Schreiben von

Dr. Karl Weiler, des am 11. Oktober 1947 von den Delegierten des 3. Bayerischen Ärztetags gewählten Präsidenten der BLÄK, an das Bayerische Staatsministerium des Innern, in welchem Weiler aufgrund einer „hohen bayerischen Arztdichte“ Protest gegen das Ansinnen einlegte, ostdeutschen Ärzten die Niederlassung im Freistaat zu ermöglichen. Damit biss Weiler jedoch auf Granit: Mit dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes stünde allen Deutschen das Recht auf freie Wahl des Berufs- und Arbeitsplatzes zu. Deshalb könnten ostdeutsche Ärzte von der Möglichkeit, sich in Bayern niederzulassen, nicht ausgenommen werden, argumentierte das Ministerium.

Anzeige

LMU KLINIKUM

aStib

Bayerische Schmerztage München 24.-26.9.21

multimodal – integrativ – gemeinsam

unter der Schirmherrschaft des Staatsministers für Gesundheit u. Pflege Klaus Holetschek

Veranstalter: Interdisz. Schmerzzambulanzen und Tageskliniken, Klinik für Anästhesiologie, LMU Klinikum, Arbeitsgemeinschaft schmerzth. Einrichtungen in Bayern (ASTIB)

Ein interaktiver, berufsgruppenübergreifender Kongress mit Vorträgen, Seminaren, Workshops, Themenräumen

Freitag, 24.9. 20 Jahre Integrative Schmerztherapie am LMU Klinikum
14:00 - 18:00 mit Vorträgen von Brinkhaus, Dobos, Irnich, Stör, Winkelmann und Bäumler

Samstag, 25.9. Evidenz der interdisz. multimodalen Schmerztherapie (IMST),
9:00 - 17:30 neue Diagnosen, Pflege in der Schmerzmedizin, CRPS, Schmerz im Alter, Körper-Seele-Schmerz, Kunst-, Musiktherapie, Waldbaden, Long Covid, Naturheilverfahren, Integrative Kinderschmerztherapie

Sonntag, 26.9. Physiologie IMST, Long Covid (workshop), Berufsgruppen,
9:00 - 13:00 Bewegung, Meditation/Achtsamkeit, Aroma/Pflege, u.a.

Ort: LMU Klinikum Innenstadt, Pettenkoferstr. 8a, 80336 München

Anmeldung: kommunikation.schmerz-inn@med.lmu.de
Information, Programm: www.schmerzzambulanz-muenchen.de

Wichtige Informationen: Dieser Kongress wird als Präsenzkongress unter Beachtung der geltenden Hygienevorschriften geplant, ggfs. als Hybrid-Veranstaltung. Wechsel von Präsenzticket auf Online-Ticket und umgekehrt möglich.

Dass das damalige gesellschaftliche Klima von konservativeren familienpolitischen Vorstellungen gekennzeichnet war, wird an einem Artikel zum Thema Schwangerschaftsabbruch deutlich, welcher im Juli 1953 im *Bayerischen Ärzteblatt* veröffentlicht wurde. Dr. Weiler schrieb an dieser Stelle, dass die BLÄK dem „Unwesen ärztlich nicht begründeter Schwangerschaftsunterbrechungen“ mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen wolle. Nur wenn das Leben oder die Gesundheit einer werdenden Mutter gefährdet sei, sei eine Abtreibung zulässig. Eine sozial bedingte Abtreibung lehnte der Präsident entschieden ab. Über die „Bekämpfung der Rauschgiftsucht“ wurde in den Fünfzigerjahren im *Bayerischen Ärzteblatt* ebenso breit berichtet. So sorgte im Januar 1957 ein im *Bayerischen Ärzteblatt* abgedruckter Vortrag des Regierungsdirektors Dr. F. Gewehr, in dem großen Teilen der Ärzteschaft ein Suchtproblem attestiert wurde, für Aufsehen.

Debatten über die „Antibabypille“

Um den wirtschaftlichen Einigungsprozess Europas voranzutreiben, wurde am 25. März 1957 von Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt sah der EWG-Vertrag die schrittweise Errichtung eines gemeinsamen Marktes, einer Zollunion sowie einer gemeinsamen Handelspolitik vor. Da abzusehen war, dass eine Öffnung der verschiedenen nationalen Arbeitsmärkte auch die Freizügigkeit der bayerischen Ärzteschaft erhöhen würde, dokumentierte das *Bayerische Ärzteblatt* die Fortschritte bei der Realisierung

dieses großen Europäischen Wirtschaftsprojekts. So wurde im April 1965 über die erste Tagung des Ständigen Ausschusses der Ärzte der EWG in Deutschland berichtet. Die Konferenz fand im großen Saal des Münchner Rathauses statt und wurde von über 60 Teilnehmern aus den Mitgliedsstaaten der EWG besucht. Im Rahmen der Zusammenkunft wurden Vorschläge für die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit von Ärzten innerhalb der EWG erarbeitet.

Auch erschienen im *Bayerischen Ärzteblatt* in den Sechzigerjahren zahlreiche Artikel über die neuesten medizinischen Fortschritte. Beispielsweise wurde am 3. Dezember 1967 vom südafrikanischen Herzchirurgen Professor Dr. Christiaan Barnard am Grootte-Schuur-Hospital in Kapstadt die weltweit erste Herztransplantation durchgeführt. Zwar verstarb der Patient nur 18 Tage nach der Verpflanzung des Spenderherzens an den Folgen einer bakteriellen Lungenentzündung. Dennoch stellte der Eingriff für die Herzmedizin eine Revolution dar. In der Folgezeit entspann sich innerhalb der bayerischen Ärzteschaft eine lebhaft diskutierte Diskussion um die Herztransplantation, die auch vom *Bayerischen Ärzteblatt* aufgegriffen wurde. So veröffentlichte das *Bayerische Ärzteblatt* im Oktober 1968 eine Stellungnahme des „Council for International Organizations of Medical Sciences“ zu den Bedingungen, unter denen Herztransplantationen künftig durchgeführt werden sollten.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse führten auch zur Entwicklung der ersten sogenannten „Antibabypille“, die am 18. August 1960 in den USA und kurz darauf auch in der Bundesrepublik auf den Markt kam. Damit begann eine neue

Epoche in der Geschichte der Verhütungsmethoden. Erstmals konnten Frauen durch die regelmäßige Einnahme eines Hormonpräparats ungewollte Schwangerschaften verhindern. Während Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen gegen die Einführung der Pille protestierten, griff Obermedizinalrat a. D. Dr. H. A. Buchka die kontrovers diskutierte Thematik im Mai 1969 in einem Beitrag im *Bayerischen Ärzteblatt* auf. Darin sprach er sich unter anderem gegen eine Verordnung der Pille an Mädchen aus, da sie seiner Ansicht nach gesundheitsgefährdend sei. Stattdessen legte Buchka Eltern nahe, ihre Kinder frühzeitig auf die Vorzüge einer „guten Partnerwahl“ hinzuweisen. Dadurch werde das Risiko einer ungewollten Schwangerschaft auch ohne Pille deutlich reduziert. Sollte die Jugend „dennoch einmal in Not kommen“, werde sich sicherlich „ein brauchbarer Ausweg im Sinne einer Heirat finden lassen“. Auch an dieser Stelle spiegelt sich das deutlich konservativere gesellschaftspolitische Klima der Zeit wider.

Daneben berichtete das *Bayerische Ärzteblatt* in den Sechzigerjahren ausführlich über den Contergan-Skandal, die Folgen der Massentorisierung für die menschliche Gesundheit sowie die erste Versammlung des Weltärztebundes in der Bundesrepublik. Auch bedeutende technische Ereignisse wie die Mondlandung wurden gewürdigt: „Es eröffnen sich Zukunftsvisionen, deren Ausmaß man nur zu ahnen vermag“, schrieb der seit dem 19. März 1955 amtierende Bayerische Ärztepräsident, Professor Dr. Dr. h. c. Hans Joachim Sewering, im Dezember 1969 im *Bayerischen Ärzteblatt*.

Florian Wagle (BLÄK)



KoStA
Koordinierungsstelle Allgemeinmedizin



KWAB

Alle Termine 2021 auf unserer Homepage

29. SemiWAM® Der alte Mensch in der Hausarztpraxis

<p>Nürnberg Mittwoch, 22.09.2021</p> <p>Regensburg Mittwoch, 13.10.2021</p> <p>Würzburg Mittwoch, 20.10.2021</p>	<p>München Mittwoch, 10.11.2021</p> <p>München Mittwoch, 24.11.2021</p>
---	---



Zerichnung von Simone Günster

8. Online-SemiWAM® Wir werden Impfprofis!
Mittwoch, 01.12.2021

Interessiert?

Wenden Sie sich an die KoStA unter Tel. 089 4147-403 oder per E-Mail an koordinierungsstelle@kosta-bayern.de
Weitere Informationen finden Sie unter www.kosta-bayern.de

KoStA – Ein gemeinsames Projekt von:



